

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riefa.
Fernruf Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meißen behördlichseits bestimmte Blatt.

Postkonten:
Tresden 1530.
Girokonto:
Riefa Nr. 52.

Nr. 16.

Donnerstag, 19. Januar 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. —
Rotationsdruck und Verlag: Kanger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riefa.

Vom politischen Kampfplatz.

In den letzten 48 Stunden hat sich auf dem politischen Kampfplatz in Berlin eine charakteristische Aenderung vollzogen. Während bisher eigentlich fast immer gewisse Kanäle und Verbindungsadänge zwischen den verantwortlichen Stellen und den breiteren Kreisen der politischen Öffentlichkeit hin- und herliefen, bemüht man sich gegenwärtig sehr eifrig, alle bezüglichen Abdrückungen zu sperren. In einem der wichtigsten Augenblicke der innerpolitischen Entscheidung wird ein dichter Vorhang über die Bühne gelenkt. Was sich dahinter in Wirklichkeit abspielt, bleibt undurchsichtig.

Dabei sind die Kräfte, die am Mittwoch in Berlin besprochen wurden, mächtig genug. Man bemüht sich mit steigendem Nachdruck, der Gefahr von Neuwahlen zu begegnen und für eine andere Lösung die politischen Fundamente zu schaffen. Wie wir bereits andeuteten, operiert man wieder mit einem aus dem Artikel 48 hervorgehenden Notstandsplan. Man will zwar unter Umständen eine Auflösung des Reichstages vornehmen, aber die Neuwahlen erst in einem späteren Zeitpunkt ansetzen. In dieser Zwischenzeit soll eine autoritäre Regierung, die aber der parlamentarischen Beziehungen und Rückendeckung nicht entbehrt, die Fäden in die Hand nehmen und den Wiederaufbau und Umbau Deutschlands auf der Basis der Wirtschaftskräfte mit beinahe unbeschränkter Machtvollkommenheit anpacken. Mit einem derartigen Verhalten hofft man auf der einen Seite die Wünsche der Wirtschaft zu befriedigen, die sich aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die ewige Wahlunruhe wendet. Auf der anderen Seite glaubt man so am besten der Unsicherheit und noch immer nicht eingetretenen Gleichgewichtslage der parlamentarischen Verwirrung Rechnung zu tragen. Der Unterschied von der ersten Papenischen Kreta würde in der engeren Zuführung mit den Gewerkschaften und anderen Organisationen bestehen. Es wird sehr beachtet, daß der frühere Reichskanzler von Papen diese härtere Zuführung in seiner letzten Stahlhelmrede selbst verlangt hat. Er hat damit einen Fehler seines ersten Starts zugegeben, der sich verhängnisvoll genug auf die politische Gesamtentwicklung auswirkte.

Die große Frage ist allerdings, wer eine solche neue Einrichtung einer überparteilichen und doch nicht partei-feindlichen Präsidialmacht vornehmen soll. Es hat gegenwärtig den Anschein, als ob sich der Aktzent der Führung von dem jetzigen Reichskanzler auf eine andere Persönlichkeit verlagerte, ohne daß man völlig klar sieht, welche Persönlichkeit wirklich ernsthaft in Frage kommt. Die Versuche der Bildung einer neuen Reichsfront sind in den letzten Tagen wieder sehr hart aufgelebt. Besonders der ehemalige Reichskanzler von Papen wirkt eifrig in dieser Richtung. Nur ist ungeklärt, ob er sich dabei, wie von manchen Seiten noch immer behauptet wird, noch als Beauftragter des jetzigen Reichskanzlers sieht, der am Mittwoch merkwürdig still in seiner Schwartstellung verharrte, oder ob er einer anderen Front dient, einer Front also, die von Hitler über die DVP, die Deutschnationalen bis zum Zentrum reichen soll. Das Zentrum des Kanzlers hat bereits auch in dem Kreise seiner früheren Freunde zu skeptischen Kombinationen geführt. Man bedauert seine weitgehende Resignation in einem Augenblick, in dem er kämpfen muß, wenn er sich behaupten will, und man forbert ihn fast beschwörend auf, doch endlich mit einem handfesten Sachprogramm aufzutreten, das werbend nicht nur auf Einzelpersonen, sondern auf weite Volkskreise zu wirken vermag. In anderen politischen Zirkeln, die recht gut unterrichtet sind, glaubt man weniger an eine Resignation des Kanzlers. Man sagt mit einem gewissen Recht, daß sich ein Mann wie Schleicher nicht 15 Jahre lang an dem Kanzlerposten vorbereitet, um dann nach den ersten Enttäuschungen ruhmlos und ohne Erfolg von der Bildfläche abzutreten. Seine Zurückhaltung erklärt man hier mehr mit taktischen Überlegungen.

Im Zusammenhang mit den Krisengerüchten wird auch sehr ernsthaft die Möglichkeit eines Ausscheidens des jetzigen Reichskanzlers für Arbeitsbeschaffung aus seinem doch noch reichem Amt debattiert. Auch für diese Gerüchte lassen sich beliebig behauptende und dementierende Neußerungen gut unterrichteter Kreise anführen. Aber auch hier wird man kaum weiter bilden können als im Fall des Reichskanzlers. Die Verzögerung der Fertigstellung der Antragsformulare hat nach unseren Informationen mehr technische Gründe. Die Antragsformulare sind jetzt bereits gedruckt und stehen ab Donnerstag zur Verwendung bereit. Aber auch wenn ein Ausscheiden Dr. Grewes im Zusammenhang weitreichender politischer Umstellungen erfolgen sollte, dürfte das 500 Millionen-Sofortprogramm dadurch zunächst nicht berührt werden. Es soll in jedem Fall in dem jetzt bestehenden Rahmen zur Ausführung gelangen. Erst bei den weiteren Maßnahmen, die sich an das Sofortprogramm anschließen sollten, wären dann Einwirkungen neuer Art möglich. Von politischer Klarheit läßt sich also gegenwärtig in Berlin nicht sprechen. Die führenden Persönlichkeiten sind im Handeln und Verhandeln. Das letzte Wort über alle Aenderungen liegt jetzt beim Reichspräsidenten. Solange er Schleicher gegen Hitler hält, ist der erstere nicht zu sträßen. Aendert sich seine Auffassung, so ist auch eine Aenderung der Reichsregierung nicht unwahrscheinlich.

Ein Volk — ein Reich.

Rundfunkrede des Reichsinnenministers am Reichsgründungstag.

Berlin, 19. Januar.

Im Rahmen einer Reichsgründungsfeier des Deutschlandsenders hielt Reichsinnenminister Dr. Bracht eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Vor wenigen Tagen haben wir uns der Stunde erinnert, in der vor zehn Jahren fremde Truppen vor uns wüthend das Ruhrgebiet besetzten. Lebendig stehen vor uns jene aufwühlenden Monate des Jahres 1923, in denen eine von unbedingter Hingabe an Heimat und Vaterland erfüllte Bevölkerung ein Beispiel dafür gab, daß bewaffnete Willkür nichts gegen entschlossenen Selbstbehauptungswillen vermag. Aber wir wollen nicht vergessen, daß am Ende jenes heroischen Abschnittes der Kriegsgeschichte drohend die Gefahr des Reichszersplitterens stand.

An dem Gedenktage der Reichsgründung wollen wir deshalb in Dankbarkeit der Tatsache gedenken, daß in den Tagen des Zusammenbruchs, in denen das Werk Bismarcks in der höchsten Gefahr war, der Generalfeldmarschall von Hindenburg und der verstorbenen Reichspräsident Friedrich Ebert — über alle Gegensätze und Borurteile hinweg — den Mut zu dem Bekenntnis fanden: Wir sind ein Volk — und damit ihrem Volk das Reich gerettet haben.

Drei Grundgedanken der Bismarckschen Reichsverfassung kann sein, wie auch immer gearteter Reichsaufbau, entbehren. Zum ersten den Einheitsgedanken!

Nur durch die Einheit der deutschen Stämme nach innen und außen kann der Staat, können deutsches Volkstum und deutsche Kultur gegen fremde Uebergriffe oder volksfremde Zerlegung im Innern verteidigt werden.

Wir gedenken in dieser Stunde mit heiligem Herzen und kühlem Hirn der Millionen von Deutschen, die durch Schicksal oder Gewalt fremde Staatsbürger geworden sind. Ihnen allen gilt unser Gruß und unser Treuebekenntnis! Vielen von ihnen wird der Weg ins Reich niemals zu erschließen sein. Mit vielen anderen hoffen wir auf den Tag, an dem durch ihre Heimkehr erst die deutsche Einheit vollendet sein wird.

Zur bevorstehenden Sitzung des Reichstages.

Berlin. (Funktspruch.) Die kommunistische Reichstagsfraktion teilt mit: „In der Reichstagsfraktion am Freitag werden die kommunistischen Vertreter fordern, daß als erster Punkt auf die Tagesordnung der Plenarsitzung des Reichstages am 21. Januar die Abstimmung über den Mißtrauensantrag der kommunistischen Reichstagsfraktion gegen die Regierung Schleicher-Bracht gesetzt wird. Jede Verzögerung einer Entscheidung gegen das Kabinett Schleicher-Bracht, sei es durch Regierungserklärungen, lange Debatten oder parlamentarische Subhandlungen, soll durch den Antrag der Kommunisten verhindert werden.“

Bei keiner der übrigen Fraktionen des Reichstages dürfte jedoch, wie das Nachrichtenbüro des VDP, aus parlamentarischen Kreisen hört, Reizung bestehen, es vorzeitig zum Konflikt und damit zur Auflösung des Reichstages zu treiben. Man erwartet vielmehr einen Beschluß des Reichstages, zunächst die Regierungserklärung entgegenzunehmen und darauf in die Debatte einzutreten und über die Mißtrauensanträge erst nach Abschluß der Debatte abzustimmen. Die Haltung der SPD, hängt allerdings von dem Ergebnis der in Gang befindlichen Besprechungen ab, insbesondere von der Zustimmung des Reichskanzlers, daß er nicht vor Abschluß der Debatte im Reichstag die Parlamentsauflösung vornehmen werde.

Entscheidung am Freitag

Die innerpolitische Lage weiter ungeklärt — Eine Begegnung Papen-Hitler

Hitler als Gast beim Landtagspräsidenten Kerl.

Berlin. Wie das Nachrichtenbüro des VDP, meldet, fand in der Dienstwohnung des preussischen Landtagspräsidenten Kerl gestern ein Frühstück statt, zu dem der Landtagspräsident eingeladen hatte. Als Gäste waren außer dem Reichstagspräsidenten Brüning und dem Führer der preussischen Landtagsfraktion der NSDAP, Rube auch der nationalsozialistische Parteiführer Adolf Hitler und der Industrielle Dr. Thossen erschienen. Es ist das erste Mal, daß Adolf Hitler damit Räume des preussischen Landtages betreten hat.

Die Meldung, daß auch der frühere Reichskanzler von Papen an dem Frühstück des preussischen Landtagspräsidenten Kerl teilgenommen habe, ist zwar dementiert worden, nach Mitteilungen aus unterrichteten Kreisen ist aber kein Zweifel daran, daß eine Begegnung zwischen Herrn von Papen und Adolf Hitler außerhalb dieses Frühstückes stattgefunden hat. Man glaubt, daß Herr von Papen seine Bemühungen fortgesetzt hat, Adolf Hitler und Reichskanzler von Schleicher zusammenzubringen. Diese Bemühungen scheinen aber negativ verlaufen zu sein.

Zum zweiten werden wir aus Bismarcks Werk heute und in alle Zukunft die Wirkung des Volkswillens bei der Willensbildung des Reiches festhalten. In Bismarcks Werk liegt gleichzeitig die Lehre und Mahnung, daß dieser Volkswille umso mehr zur Geltung kommen kann, wenn gleichzeitig Vorzüge dafür getroffen ist, daß in Zeiten der Zerlegung und der Richtungslosigkeit dieses Volkswillens das Gleichgewicht des Staates nicht gestört wird.

Es war ein Meisterwerk Bismarcks, in dem staatsrechtlichen Aufbau des Reiches die deutschen Bundesstaaten als Hüter der Ueberlieferung einzufassen. Dies ist der dritte Leitgedanke seines Werkes. Bismarck stellte neben den Willen des Gesamtvolkes den Willen des bundesstaatlich gegliederten Volkes.

Bismarcks Werk ruhte auf einem gesellschaftlichen Untergrund, den Adel, Bürger und Bauern bildeten. Die Einschaltung des Arbeiters in den Staat war zur Zeit der Reichsgründung als Aufgabe noch nicht gestellt. Die Verfassung von Weimar hat dem Volk souveräne Rechte gegeben.

Wir stehen gegenwärtig unter dem Eindruck des Verfalls dieser Verfassung. Die Rechte, die dem Volke gegeben wurden, damit es auf dem Wege über das Parlament seinen Willen beim Neubau des Reiches zur Geltung bringe, sind von Parteien mißbraucht worden. Eine Verfassung soll das Mittel zur positiven Einordnung des Volkswillens in den staatlichen Aufbau sein — aber nicht Mittel für Parteizwecke.

Aus dem Geist der Vereinigung jeder Zusammenarbeit ist auch der Versuch entstanden, in Kleinlein Parteilistigkeit die Gedenktage des 18. Januar und des 11. August gegeneinander auszuspielen. Diesen Streik lehne ich ab. Es kann nach den Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre kein Zweifel mehr bestehen, daß wir eine dem deutschen Volk gemäße Form für den inneren Ausbau des Reiches noch nicht gefunden haben.

Den Weg nach besseren Formen zu suchen, bleibt ständige Pflicht aller berufenen Organe des Staates. Wir müssen lernen, auch in die einzelnen Aufgaben der Gegenwart den Willen zu einem nationalpolitischen Ziel zu pflanzen. Dieses Ziel ist das Reich.

Die Haltung Hitlers wird auf das Ergebnis der Appell-Wahlen zurückgeführt. Auf der anderen Seite gehen die Bemühungen des Herrn von Papen nicht auf eine irgendwie geartete Anregung des Reichskanzlers zurück, und von General Schleicher wird auch keine Initiative zu einer solchen Besprechung ergriffen werden.

Wenn also nicht außergewöhnliche neue Momente in der innerpolitischen Situation auftreten, so wird sich kaum etwas besonderes bis zum Zusammenritt des Reichstages am Freitag ereignen. Es ist vielleicht bezeichnend für die Situation, daß in Kreisen der Reichsregierung erneut unterzückt wird, daß der Reichstanzler ganz zweifellos die

Vollmacht zur Auflösung des Reichstages

bekommen wird, wenn die parlamentarische Situation sie notwendig macht, d. h. also, wenn das Parlament im Wege des Mißtrauensvotums den Konflikt will. Man glaubt auch kaum noch, daß vor Zusammenritt des Reichstages noch eine Umbildung des Kabinetts erfolgt.

Sozialpolitischer Ausschub.

Berlin. (Funktspruch.) Der Sozialpolitische Ausschub des Reichstages beschäftigte sich heute Donnerstag mit Anträgen zur Ausgestaltung der Arbeitslosenhilfe im einzelnen.

Staatssekretär Dr. Grieser erklärte, die finanzielle Auswirkung eines sozialdemokratischen Antrages auf Aushebung der Rückzahlungspflicht für die Wohlfahrtsunterstützung könne man gar nicht berechnen. Es sei auch nicht die Auffassung der Regierung, daß rückstandslos die Rückzahlung der Unterstüzung verlangt werden solle. Beschließen man aber den Wegfall der Rückzahlung, so würde die Gemeinden Ersatz vom Reich verlangen.

Zu der von den Sozialdemokraten beantragten Krankenversicherung der Wohlfahrtsdienstleistungen durch die Gemeinden erklärte er: Bezahlen sechs Millionen Erwerbslose nur 50 Mark Krankentafelbeiträge, so bedeute das eine Ausgabe von 300 Millionen Mark. Hierin würden von den Gemeinden für die Wohlfahrtsdienstleistungen 150 Millionen Mark anzubringen sein. Es sei sehr fraglich, ob die Krankentafeln die Beiträge von den Gemeinden hereinbekommen würden. Ein Teil der Gemeinden habe übrigens freiwillig keine Wohlfahrtsdienstleistungen gegen Krankheit versichert. Es bedürfe also keines Zwanges.